

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERTES JAHR
OKTOBER 1953

HELMUT WICKEL

Sicherung der Gewerkschaftseinheit

Bedauerlicherweise geht die Debatte um die Neutralität der Gewerkschaften und die damit zusammenhängende Gewerkschaftseinheit am Kernpunkt des Problems vorbei. Welche organisatorischen Konsequenzen auch der DGB schließlich aus dem Vorstoß der KAB und der CDU ziehen wird, auf dem Wege rein organisatorischer und institutioneller Maßnahmen kann keines der auch von der CDU proklamierten Ziele erreicht werden. Die parteipolitische und weltanschauliche Neutralität und die Gewerkschaftseinheit können auf solche Weise höchstens formal gesichert werden. Fraktionsbildungen würden unter allen Umständen die Einheit zerstören, selbst wenn die stärksten formalen Sicherungen eingebaut werden. Auf der andern Seite: Auch wenn als Folge der KAB-Forderungen der sogenannte christliche Flügel der Gewerkschaften sich abspalten sollte, bliebe das eigentliche Problem der gewerkschaftlichen Neutralität und der Schaffung einer echten Einheit für den DGB genau so aktuell wie vorher. Es ist nämlich kein organisatorisches, sondern ein gewerkschaftstheoretisches Problem und hat auch verhältnismäßig wenig damit zu tun, daß es vor 1933 Weltanschauungsgewerkschaften in Deutschland gegeben hat. Darüber hinaus ist es eine Frage des geistigen Habitus der Gewerkschaftsmitglieder und vor allem ihrer Funktionäre. Durch organisatorische Experimente, durch Reservierung von Positionen für diese oder jene Richtung wird der Weg zu dem erwünschten Ziel nur erschwert, wenn nicht gar völlig verbaut.

Man hat den Eindruck, daß die KAB und der hinter ihr stehende Teil des Klerus sich darüber auch völlig im klaren sind und eine echte gewerkschaftliche Neutralität gar nicht wollen, sondern lieber eine Spaltung sehen würden, die ihnen auf wenigstens einen Teil der Gewerkschaften den Einfluß sichern würde, der mit neutralen Einheitsgewerkschaften unvereinbar ist. Selbst wenn an den sogenannten christlichen Gewerkschaftsflügel im DGB erhebliche Zugeständnisse gemacht werden, so wäre damit den Zielen jenes Teils des Klerus nicht gedient.

Der schließliche Zweck der Gewerkschaftseinheit muß ja sein, daß Begriffe wie christlicher und sozialistischer Gewerkschaftsflügel allmählich inhaltlos werden, wodurch dann organisatorische Abmachungen der Art, wie sie in dem Brief der KAB-

CDU-Sozialausschüsse an den DGB-Vorstand gefordert wurden, gegenstandslos werden, da es einfach keine Träger der ganzen dahinterstehenden Ideologien mehr geben wird. Die Idee der „christlichen Gewerkschaften“ ist nämlich genau so antiquiert und wirklichkeitsfremd wie die Idee „sozialistischer Gewerkschaften“. Insofern ist der Vorstoß der KAB ausgesprochen reaktionär, selbst wenn man den ehemals christlichen Gewerkschaftern zugestehen will, daß sie sich in den heutigen Gewerkschaften durch den ehemals sozialistischen Flügel majorisiert oder überrollt fühlen. Wenn sie gegen eine solche Majorisierung durch Wiederbelebung des weltanschaulichen Gegensatzes ankämpfen wollen, so kämpfen sie in der Tat mit den Waffen der Vergangenheit gegen Gespenster der Vergangenheit. Es wäre deshalb geradezu tragisch, wenn durch Galvanisierung des alten Gegensatzes der Prozeß der inneren Überwindung der zweifellos noch vorhandenen Reste und Traditionen alter ideologiegebundener Gewerkschaften unterbrochen würde.

Im vorigen Heft hat *Franz Spliedt*¹⁾ die von Kreisen des katholischen Klerus geflüchtig verbreitete Legende zerstört, daß die Gewerkschaftseinheit ein Produkt der Politik der Besatzungsmächte sei. Die weltanschaulich gespaltenen Gewerkschaften waren in Wahrheit bereits 1933 ein Anachronismus. Auch bei kontinuierlicher Entwicklung, der deutschen Gewerkschaften wäre diese Spaltung aller Wahrscheinlichkeit nach überwunden worden. Die Grundlagen der Spaltung, nämlich der Gegensatz der naturrechtlichen Begründung des Gewerkschaftsgedankens bei den politisch aktiven Christen und der klassenkämpferischen Grundkonzeption der freien Gewerkschaften, war für die gewerkschaftliche Praxis schon lange irrelevant geworden. Er ist heute nicht relevanter, wenn er auch durch eine auffallend systematische Kampagne gegen die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahren so aufgebraucht worden ist, daß eine schlecht informierte Öffentlichkeit ihn für eine Realität des Gewerkschaftslebens halten mag.

Der Vorstoß des politischen Katholizismus in der Gewerkschaftsfrage ist um so wunderlicher, als der größere ideologische Wandlungsprozeß sich auf dem freigewerkschaftlichen Flügel vollzogen hat. Es sind gar nicht die „Christen“, die Konzessionen gemacht haben, sondern es sind die „Sozialisten“, die ihre alten ideologischen Positionen geräumt haben. Eben dadurch wurde die Einheitsgewerkschaft möglich. Aus demselben Grunde ist auch noch kein Vorstoß christlicher Gewerkschafter auf Änderung der Gewerkschaftspolitik von innen, aus den Reihen der Gewerkschaften selber, erfolgt. Der Angriff wird vielmehr vorgetragen von Kräften, die außerhalb der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen. Es gibt — und in der Zukunft wird es das hoffentlich noch mehr geben — eine ständige und intensive gewerkschaftliche Diskussion um Fragen der Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftstaktik, um grundsätzliche Fragen, wie das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, um Fragen der Wirtschaftspolitik, des Verhältnisses der Gewerkschaften zur Politik überhaupt und zu den Parteien im besonderen, um die Probleme der Mitbestimmung, um die gewerkschaftliche Publizistik, die Schulungsarbeit, die Organisationsprinzipien und was sonst im Verlauf der in ständigem Fluß befindlichen Entwicklung Diskussionen erforderlich macht. Diese Auseinandersetzungen können jedoch nicht von einem „sozialistischen“ oder „christlichen“ Standpunkt aus geführt werden, sondern nur von einer gewerkschaftlichen Fragestellung aus, wenn sie fruchtbar sein wollen. Unleugbar treten bei diesen Diskussionen heute noch immer wieder Rudimente einer weltanschaulichen oder dogmatischen Einstellung und Betrachtungsweise in Erscheinung, aber es ist für jeden objektiven Beobachter erkennbar, daß sie mehr und mehr in den Hintergrund treten, verblassen und als wirklichkeitsfremd und nicht zur Sache gehörig empfunden werden. Die

1) Franz Spliedt: „Die Legende von der diktierten Einheitsgewerkschaft“, Gewerkschaftliche Monatshefte, September 1953, Seite 523.

Bundestagswahlen dürften diesen Überresten eines kraftlos gewordenen proletarischen Mythos den letzten Stoß gegeben haben. Die Bedeutung der Niederlage der SPD liegt nicht darin, daß ihr nur 31 vH der Sitze im Bundestag zugefallen sind, sondern darin, daß sich herausgestellt hat, daß es ihr nicht gelungen ist, aus dem Turm ihrer Vergangenheit auszubrechen. In einer Periode der größten politischen Umwälzungen und entscheidender soziologischer und sozialpsychologischer Umwandlungen hat sie sich an den Rand spielen lassen, weil sie mit einer konfusen und manchmal skurrilen Mischung von überalterten Vorstellungen und unausgereiften neuen Konzeptionen die alte Wählerschicht verwirrte und die neue nicht überzeugen konnte. Die alte sozialdemokratische Ideologie trägt nicht einmal mehr auf der politischen Ebene. Das haben diese Wahlen eindeutig bewiesen. Mit der gewerkschaftlichen Praxis hat sie in Wirklichkeit schon immer in Widerspruch gestanden. Was an alter sozialdemokratischer Ideologie — wohl zu unterscheiden von der nicht nur traditionellen, sondern echten politischen Verbundenheit eines großen Teils der Funktionäre mit der Partei — in den Gewerkschaften noch lebendig war, hat darum durch diese Wahlen gleichfalls einen entscheidenden Stoß erhalten.

Wenn es stimmt, daß geschlagene Armeen gut lernen, so sollte die Wahlniederlage von 1953 der Ausgangspunkt eines grundlegenden Neuorientierungsprozesses in der Sozialdemokratischen Partei sein. Die Gewerkschaften sind an einer Neuorientierung der SPD durchaus interessiert, gerade um den ideologischen Druck, der von der Partei über die auch in den Gewerkschaften tätigen Funktionäre ausgeht, loszuwerden. Es wäre besser, auch für die Gewerkschaften, wenn der Prozeß des Umdenkens früher zu Ende geführt worden wäre und es nicht erst einer Niederlage bedurft hätte, die, wie sich nur zu schnell herausgestellt hat, die Gewerkschaften aufs schwerste mitbetroffen hat. Mit der Geschichte läßt sich jedoch nicht rechten.

Unser Problem hier ist nicht die SPD, sondern der DGB. Der Neuorientierungsprozeß, vor allem der Abbau alter Ideologien, war schon vor diesen Bundestagswahlen in den Gewerkschaften viel weiter vorgeschritten als in der politischen Arbeiterbewegung. Es bedarf gewissermaßen nur noch der gültigen Formulierung des neuen Credo der Gewerkschaften, um die Ablösung von der alten politischen Arbeiterbewegung zu vollenden und damit die Voraussetzungen für ein neues realistischeres und klareres Verhältnis zu den beiden für die Gewerkschaften entscheidenden politischen Parteien, der SPD und der CDU, zu schaffen. Die Neuformulierung der gewerkschaftlichen Grundlagen, Prinzipien und Ziele in der nüchternen Sprache der jungen, durch und durch ideologiefreudigen Generation ist das, was heute nottut, um die 1945 vollzogene organisatorische Einheit auch geistig zu vollenden. Das kann weder von sozialistischer noch von christlicher Basis aus erfolgen. Das christliche Ethos versteht sich von selber. Die gewerkschaftliche Programmatik kann jedoch nur aus ihrer ursprünglichen Aufgabenstellung und im Hinblick auf die neuen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten herausgearbeitet werden. Sache der christlichen Konfessionen ebenso wie der politischen Parteien und der sozialistischen Ideologen ist es dann, zu untersuchen, ob sie sich mit dieser Programmatik einverstanden erklären können und sie unterstützen wollen. Es ist kaum denkbar, daß ein rein gewerkschaftliches Programm mit der christlichen Lehre in Widerspruch geraten könnte. So erklärte denn auch *Prof. von Nell-Breuning* in der Aussprache zwischen Vertretern des DGB und katholischer und evangelischer Verbände am 22. Mai 1953 in Dortmund:

Die Grenzen des Kreises, in dem sich die Gewerkschaft bewegen könne, seien gesetzt 1. durch das natürliche Sittengesetz, 2. durch die öffentliche Ordnung und 3. durch die eigene Satzung. Die Gewerkschaft gebe sich als eine freie Vereinigung durch die Satzung ihren Wirkbereich. In den erwähnten drei Grundwerten sei ein

tragfähiges Fundament für die Zusammenarbeit gegeben. Wie breit dieses Fundament sei und wieviel es zu tragen vermöge, könne nur im Wege des vorsichtigen Abtastens mit großer Sachkenntnis ermittelt werden. Keine Gruppe aber sei berechtigt, eine Begrenzung des Aufgabenkreises der Gewerkschaften zu fordern, die über die Bindung an das natürliche Sittengesetz, an die öffentliche Ordnung und an die eigene Satzung hinausgehe. Es sei selbstverständlich, daß die Gewerkschaft die Menschen bzw. die Mitglieder nicht nach ihrem Glauben oder ihrer Weltanschauung bewerten könne, sondern nur nach dem Maße und dem Grade, wie sie sich für die Gewerkschaften einsetzen.

Tatsächlich wendet sich ja auch die gegenwärtige katholische Kritik an dem DGB nicht gegen die eigentliche gewerkschaftliche Zielsetzung, sondern gegen die Besetzung der gewerkschaftlichen Positionen und gegen die engen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und SPD. Es ist der politische Katholizismus, der hier vorstößt. Mit Glaubens- und Weltanschauungsfragen hat das nichts zu tun. Ein Katholizismus, der politisch Partei ergreift, muß es sich gefallen lassen, als politische Partei behandelt zu werden. Daß die Forderungen der KAB und CDU nun auch noch als Folgerung der politischen Wahlen vorgetragen werden — wenn sie auch schon wesentlich länger in den katholischen Zirkeln diskutiert wurden — zeigt, daß es sich um eine eindeutig politische Aktion handelt, die von gefährlich falschen Vorstellungen über das Wesen der Gewerkschaften ausgeht. Die KAB mußte sich daher auch schon ausgerechnet vom „Industriekurier“ sagen lassen: „Eine Spaltung zu vermeiden und dennoch als Minderheit im DGB berücksichtigt zu werden, ohne ihm durch Druck von außen Zwang anzutun, das eben ist das Problem, vor dem diese Gruppe steht und zu dessen Lösung (die Verhandlungen der KAB von) Mönchen-Gladbach keinen Beitrag leistete.“

Leider aber wird durch den Angriff des politischen Katholizismus auf die Gewerkschaftseinheit und die Verfassung der Gewerkschaften der innergewerkschaftliche Klärungsprozeß jäh unterbrochen. Während es nach diesem Wahlkampf darauf ankommt, daß die Gewerkschaften nüchtern, ohne Übereilung und vor allem nicht unter Druck von außen ihr Verhältnis zu den Parteien und zur Regierung überprüfen, daß sie die Ursachen der heftigen antigewerkschaftlichen Stimmung in weiten Kreisen des Volkes, die sich während des Wahlkampfes so deutlich manifestierte und vom Bundeskanzler geschickt in seiner Wahlkampagne ausgenützt wurde, untersuchen, werden sie durch den Vorstoß der KAB und CDU von vornherein in eine Frontstellung gegen die CDU, also die eigentliche Regierungspartei, gedrängt. An Stelle der ruhigen und ernüchterten Diskussion tritt daher eine ressentiment-geladene Auseinandersetzung.

Trotz solcher ungünstigen Vorbedingungen muß jedoch die lange vor den Wahlen begonnene Diskussion weitergeführt werden, denn sie ist der einzige Weg, um von der organisatorischen Einheit zur Einheit der Auffassung über die gewerkschaftlichen Aufgaben und Positionen in der gegenwärtigen sozialen Wirtschaftsordnung zu gelangen, so daß von keinem weltanschaulichen und politischen Lager mehr Einbrüche in die Gewerkschaften möglich werden. Im Grunde genommen gehört dazu nicht mehr als das klare Aussprechen, daß die Ziele der Gewerkschaften im Prinzip durchaus im Rahmen unserer staatlichen und sozialen Ordnung und unseres Wirtschaftssystems erreicht werden können. Weder die Mitbestimmung noch die Sozialisierung der Grundstoffindustrien stehen im Widerspruch zum heutigen Wirtschaftssystem und zur heutigen Sozialordnung. Über die Zweckmäßigkeit dieser gewerkschaftlichen Forderungen insgesamt oder im einzelnen kann es Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaften geben, sie sind aber praktischer Art und sollten weder etwa mit Weltanschauung noch mit Religion vermennt werden. Das Für und Wider kann so ruhig und sachlich diskutiert werden wie das Für und Wider in Fragen der Lohn- und Tarifpolitik oder in Organisationsfragen. Dann wird sich vielleicht herausstellen, daß

manche der ehemaligen christlichen Gewerkschafter sozialisierungsbegeisterter sind als ehemalige Freigewerkschafter. Sobald der Aberglaube ausgerottet ist, daß die Änderung in den Eigentumsverhältnissen in der Industrie auch nur die geringste der gewerkschaftlichen Aufgaben als Interessenvertreter der Arbeitnehmer überflüssig macht, daß dadurch auch nur eine einzige gewerkschaftliche Aufgabe gelöst wird, ist die Basis freigelegt für die echte Gewerkschaftseinheit. Änderungen in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln mögen notwendig sein in diesem oder jenem Fall; aber aus Gründen, die über das Gewerkschaftliche hinausgehen, über die man daher auch sehr verschiedener Meinung sein kann, ohne mit irgendwelchen gewerkschaftlichen Grundsätzen in Konflikt zu geraten. Zu solchen Fragen sollen und müssen die Gewerkschaften Stellung nehmen, aber ohne daraus eine gewerkschaftliche Gewissens- und Disziplinfrage zu machen. Gewissens- und Disziplinfragen können nur aus den gewerkschaftlichen Aufgaben selbst entstehen, aus den Aufgaben, die die Gewerkschaften erfüllen müssen, gleichgültig, ob der Arbeitgeber der Staat, ein Privatunternehmen, eine Genossenschaft oder was sonst ist. Ein Gewerkschafter, der gegen diese Aufgaben verstößt, verstößt nicht nur gegen die gewerkschaftliche Disziplin, er handelt auch gewissenlos, da er seine gegenüber den Gewerkschaften eingegangenen Verpflichtungen verletzt. Und wer z. B. bereit ist, die Arbeitnehmerinteressen einem Traum von einer alleinseligmachenden Wirtschafts- oder Sozialordnung zu opfern, verstößt genau so gegen die gewerkschaftlichen Grundgesetze wie jemand, der die Interessen der Privatwirtschaft über die Arbeitnehmerinteressen stellt. Wer aus Eigentumsfragen Grundsatz- oder Weltanschauungsfragen macht, sei es zugunsten des Privatkapitals, sei es zugunsten der Sozialisierung, kann daher sehr leicht in Konflikt mit seinem gewerkschaftlichen Gewissen geraten.

Wie weit entfernt gerade die KAB von einer solchen Versachlichung der Gewerkschaftsfragen ist, beweist sie durch das vorgeschlagene Auswahlprinzip für die Führungsgremien des DGB und der Industriegewerkschaften. Auch wenn man zugesteht, daß die sozialistische Tradition noch in vielen Gewerkschaften lebendig ist, so würde ein solches Auswahlssystem für die Führungsgremien daran überhaupt nichts ändern. Es ist nämlich gerade die tragende mittlere und untere Funktionärschicht, die noch am stärksten der alten Tradition verhaftet ist und sich nur sehr schwer in eine ideologiefreie Betrachtungsweise der sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen finden kann. Von diesen Schichten geht ein starker Druck auf die leitenden Gremien aus. Erst mit dem Heraufkommen einer neuen Funktionärgeneration ändert sich das nach und nach. Vermutlich wird es bei den ehemals christlichen Gewerkschaftern nicht anders sein. Aber nur der ehemals christliche Flügel verfügt in der KAB über eine militante Sonderorganisation, die statt des Abbaus der veralteten Ideologien ihre Reaktivierung betreibt mit dem nicht verheimlichten Zweck, den Einfluß außergewerkschaftlicher Kräfte so oder so in der Gewerkschaftsbewegung zu verankern. Es wäre verhängnisvoll, wenn nun als Gegenkraft eine sozialistische Sonderorganisation ähnlicher Art in Erscheinung treten würde. Der Angriff der KAB kann auf die Dauer nur abgewehrt werden, wenn die tragende Funktionärschicht der Gewerkschaften zu einem Verständnis dafür kommt, daß die wirkliche Kraft der Gewerkschaften in der Begrenzung der Aufgaben bei gleichzeitiger ständiger sorgfältiger Beobachtung aller Vorgänge im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich liegt. Es wird sich dann herausstellen, daß auch eine begrenzte Aufgabenstellung die Gewerkschaften tiefer in die Politik hineinzieht, als es ihnen lieb sein kann. Sie werden immer wieder gezwungen sein, politische Forderungen zu stellen, und darum auch immer in ein Verhältnis des Gegensatzes oder der Kooperation zu irgendwelchen politischen Parteien geraten. Mit welchen Parteien ein Kooperationsverhältnis entsteht, hängt ausschließlich von den Parteien, nicht von den Gewerkschaften ab.